

Demonstrationen und Aktionen an hessischen Hochschulen und Universitäten

„Aufruf zu Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit in Palästina“

Juni 2024

Seit dem **7. Oktober** wurden fast **37.000 Menschen/Zivilisten** in Gaza durch Angriffe und Bombardierung der israelischen Armee **getötet**, zwei Drittel darunter sind Kinder und Frauen. Kinder leiden an akuter Mangelernährung und sterben jeden Tag an Hunger. Das Risiko einer Hungersnot und die humanitäre Katastrophe steigen täglich. 85.000 Menschen wurden verletzt. Mehr als zwei Millionen Menschen wurden vertrieben. Hunderttausende Wohnungen zerstört. Israel hat Gaza in den vergangenen Monaten in Schutt und Asche gelegt. Das ist ein **Verbrechen** gegen die **Menschlichkeit!** Das ist ein **Völkermord**, ein **Genozid!**

„**Gaza ist zum moralischen Kompass der Welt geworden!**“

Die Hochschulen und Universitäten sind die Orte der Lehre und Vermittlung von Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Demokratie, Frieden, Menschenwürde, Menschenrechten, Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit.

Vor diesem Hintergrund rufen wir die Studierenden und Lehrenden an Hochschulen und Universitäten in Hessen und Deutschland auf:

- zum Genozid in Gaza nicht mehr zu schweigen und an Demonstrationen an Hochschulen teilzunehmen und mitzumachen
- ihre Stimme gegen Genozid in Gaza mutig und öffentlich zu erheben
- sich für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit in Palästina einzusetzen
- für Meinungs- und Versammlungsfreiheit auch an Hochschulen einzutreten

Wir rufen die Bundesregierung und den Bundestag auf:

- ihre uneingeschränkte Solidarität mit der rechtsextremen Netanjahu – Regierung sofort zu beenden
- ihre politische, finanzielle und militärische Unterstützung an Israel unverzüglich zu beenden und Waffenlieferungen an Israel zu stoppen
- Palästina als Staat im Sinne eines konkreten und aufrichtigen Schritts auf dem Weg der Zwei-Staaten-Lösung anzuerkennen
- die israelische Regierung zur Einhaltung der Urteile, Beschlüsse und Resolutionen der internationalen Gerichte und der UNO aufzufordern und aufzuzwingen
- sich mit allen Möglichkeiten in der EU und UNO konkret und aufrichtig für die Beendigung des Genozids in Gaza und für einen dauerhaften gerechten Frieden in Palästina einzusetzen
- Friedensaktivisten und Israel-Kritiker nicht mehr zu kriminalisieren und als Antisemiten abzustempeln
- die Meinungs- und Versammlungsfreiheit zu achten und zu respektieren.



Juni 2024

IRH/Islamische Religionsgemeinschaft Hessen/Hochschulgemeinde in Kooperation mit Studierenden an hessischen Hochschulen und Universitäten